

Botschaft	Traktandum Nr.	7
Parlamentarische Vorstösse: Motionen, Postulate, Anträge		

7.1 Postulat "Düdingen und die Agglomeration Freiburg nach 2023 – wie weiter?"

Die GnR David Bossart (FDP), Adrian Brügger (SVP), Stefan Siegenthaler (SVP) und Herbert Stadler (FDP) haben am 3. Oktober 2022 das Postulat "Düdingen und die Agglomeration Freiburg nach 2023 – wie weiter?" eingereicht.

Zweimal hat sich die Düdinger Bevölkerung in einer Urnenabstimmung gegen die Mitgliedschaft in der Agglomeration Freiburg ausgesprochen. Nach der Abstimmung 2014 und dem gescheiterten Versuch, die Statuten der Agglomeration anzupassen, um den vorzeitigen Austritt Düdingens zu ermöglichen, wollte der Gemeinderat so lange konstruktiv in der Agglo mitarbeiten, bis die Frist (15 Jahre) für einen ordentlichen Austritt erreicht ist. Mit Erreichen dieser Frist muss die Frage des Austritts erneut gestellt werden.

Im Postulat stellen die Verfasser dem Gemeinderat Fragen über die Konsequenzen eines Aggloaustritts per 31. Dezember 2024 (Kündigung 31. Dezember 2023).

Das Büro des GnR hat beschlossen, dieses Postulat an der Versammlung vom 5. Dezember 2022 zu behandeln.

ANTRAG DES BÜROS DES GENERALRATES

Das Büro des Generalrates beantragt dem Generalrat, nach erfolgter formeller Prüfung des Postulats darüber zu befinden.

Stellungnahme des Gemeinderates

Am 06.05.2019 hat der Generalrat die Motion "Regionale Ausrichtung – Was will Düdingen?" an den Gemeinderat überwiesen. Die Motion verlangte, dass der Gemeinderat bis Ende 2020 eine Strategie zur regionalen Ausrichtung Düdingens unter Einbezug der möglichen Fusion Grossfreiburg, mit den Anpassungen im Agglomerationsgesetz des Kantons Freiburg und der Weiterentwicklung der Region Sense, formuliert. Dieses Vorgehen wurde auch vom Gemeinderat befürwortet, da die Agglomeration Freiburg wie auch der Gemeindeverband Region Sense in derselben Richtung für sich Überlegungen und Studien verfolgten und das Agglomerationsgesetz befand sich in der Überarbeitung.

In der Folge wurde eine Spezialkommission Motion Regionale Ausrichtung eingesetzt und beschlossen, dass diese sich auch mit der Erarbeitung der Stellungnahme zum neuen Agglo-Gesetz befasst. Unter einer Externen Leitung hat die Gruppe zweimal getagt und eine detaillierte Stellungnahme zu Händen des Gemeinderates erarbeitet, welche empfahl, das Gesetz als Ganzes abzuschaffen. Die Stellungnahme der Gemeinde Düdingen führte in der Folge beim Grossrat Freiburg dazu, dass das Gesetz, welches auch für die Agglo Freiburg die Grundlage bildet, so schlank gehalten wurde, dass sich die Agglomerationen künftig als Gemeindeverband konstituieren müssen.

Nach der Kenntnisnahme des Berichtes der Spezialkommission wurde der Generalrat an seiner Sitzung vom 22. März 2021 über den Bericht der Spezialkommission und der vom Gemeinderat am 26. Januar 2021 verabschiedeten Strategie in Kenntnis gesetzt und erklärte die Motion als erledigt. (Die Berichte sind zu finden unter: <https://www.duedingen.ch/publikationen/313240>)

Seit damals verfolgte der Gemeinderat auch die festgelegte Strategie der regionalen Ausrichtung, die geprägt ist, dass die Gemeinde Düringen Mitglied der Agglomeration Freiburg bleibt, aufgrund des neuen Agglomerationsgesetzes aktiv an deren Umgestaltung mitarbeitet und die Erweiterung des Perimeters auf weitere Sursler Gemeinden initiiert und unterstützt. Die Gemeinde leistet damit einerseits ihren Beitrag zu einem zweisprachigen Kantonszentrum und kommt andererseits in den Genuss von Beiträgen des Bundes und des Kantons für Infrastrukturprojekte. Im Weiteren werden hiesige kulturelle Trägerschaften durch Beiträge der Agglomeration unterstützt.

Weil gegen das überarbeitete Gesetz über die Agglomerationen (AggG), welches am 1. Januar 2021 in Kraft getreten ist, sechs Gemeinden Beschwerde beim Bundesgericht eingereicht haben, wurden im vergangenen Jahr keine Reorganisationsarbeiten gestartet, um die Umwandlung der Strukturen der institutionellen Agglomeration in einen neuen Gemeindeverband voranzutreiben. Das Bundesgericht hat die Beschwerde erst am 24. August 2022 in einer öffentlichen Beratung abgewiesen. Trotz der noch hängigen Beschwerde hat der Staatsrat den Festlegungsprozess für den neuen Perimeter der Agglomeration Freiburg gestartet, das Resultat soll noch vor Fristende vom 31. Dezember 2022 vorliegen. Sobald der Perimeter festgelegt ist, verfügen die Gemeinden des vom Staatsrat festgelegten Perimeters über eine zweijährige Frist, um unter der Leitung der Oberamtsperson des Bezirks mit den meisten betroffenen Gemeinden neue Statuten auszuarbeiten.

Aus letztgenannten Gründen wurden von Seite des Agglomerationsvorstandes also keine Arbeiten getätigt, die eine Neuausrichtung oder Veränderung der bisherigen Zusammenarbeit der Agglo-Gemeinden verursachen. Seitens der Agglomeration ist geplant, dass im Frühling 2023 über den Zeitplan und die erforderlichen Arbeiten informiert wird und so auch, wie mit einem zu erarbeitenden Agglomerationsprogramm der fünften Generation (AP5) umzugehen ist, für welches diesen Winter ein Studienprogramm erstellt wird. Der Vorstand steht in regelmässigem Austausch mit dem Kanton und ist bereit, nach Bekanntgabe des neuen Agglo-Perimeters, unter der Leitung des Oberamtes, bei der herausfordernden Ausarbeitung von Gemeindeverbandsstatuten im Jahr 2023 + 2024 mitzuarbeiten.

Vorgesehen ist, dass je nach Entwicklung der Reorganisationsarbeiten der Agglo der Gemeinderat dem Generalrat regelmässig Bericht erstattet. Jedoch wurde dies aufgrund der fehlenden Aktivität als noch nicht notwendig erachtet. Eine Information war für den kommenden Frühsommer auch in Düringen angedacht. Das zur Überweisung vorliegende Postulat stösst mit seinen Fragen also in die gleiche Richtung und der Gemeinderat sieht die Möglichkeit diese gleichzeitig zu beantworten.

Es gilt heute aber festzuhalten, dass ein Austritt aus der bestehenden Institutionellen Agglomeration Freiburg, aufgrund der Verordnung zur Koordinierung des Übergangs vom alten zum neuen Gesetz über die Agglomerationen (https://bdlf.fr.ch/app/de/texts_of_law/140.21), nicht mehr möglich ist. Denn der Staatsrat hat beschlossen, dass die Agglomeration Freiburg dem bisherigen Recht untersteht, damit insbesondere was die Übergangsperiode betrifft, eine gute Koordination gewährleistet ist. Dies, bis die Gemeinden des neuen Perimeters, einen Verband mit Statuten gebildet haben.

Auf jeden Fall wird dem Generalrat bezüglich Mitgliedschaft der Gemeinde Düringen in dem neu zu schaffenden Gemeindeverband Agglomeration Freiburg und dessen Statuten Antrag gestellt werden.

Der Gemeinderat empfiehlt das Postulat zur Überweisung.

Beilage:

- Postulat "Düringen und die Agglomeration Freiburg nach 2023 – wie weiter?"

7.2 Motion "Erneuerbare Energie für Dürdingen"

Die Generalräte Kai Boschung (gemeinsam weiter FWD/glp/ML-CSP/Grüne), Sven Krattinger (JLD), Carole Fasel (JLD), Jano Fasel (gemeinsam weiter FWD/glp/ML-CSP/Grüne), Jeannine Schwaller (FDP), Katharina Dällenbach (SP), und Manuel Aebischer (Die Mitte) haben am 5. Oktober 2022 die Motion "Erneuerbare Energie für Dürdingen" eingereicht.

Die Motion verlangt, dass auf gemeindeeigenen Liegenschaften wo immer sinnvoll erneuerbare Energie erzeugt und diese zusätzlich in der Gemeinde gefördert wird. Zudem wird ein Gesamtkonzept zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energie in der Gemeinde angestrebt.

Konkret soll der Gemeinderat aufzeigen, auf und an welchen gemeindeeigenen Liegenschaften es möglich ist, erneuerbare Energie zu erzeugen und diese direkt oder indirekt zu nutzen. Des Weiteren wird der Gemeinderat beauftragt, ein Anreizsystem zu erarbeiten, welches Privathaushalte sowie Firmen in der Gemeinde dazu bewegt, auf erneuerbare Energien (insbesondere auf Photovoltaik) zu setzen.

Das Büro des GnR hat beschlossen, diese Motion an der Versammlung vom 5. Dezember 2022 zu behandeln.

ANTRAG DES BÜROS DES GENERALRATES

Das Büro des Generalrates beantragt dem Generalrat, nach erfolgter formeller Prüfung der Motion darüber zu befinden.

Stellungnahme des Gemeinderates

Seit neuester Legislatur hat die Gemeinde Dürdingen eine Umwelt- und Energiekommission (UEK). Diese befasst sich u.a. auch mit der Thematik der erneuerbaren Energien und wie diese noch besser eingesetzt und gefördert werden können.

Auf Anregung der UEK enthält der Budgetentwurf für 2023 einen Betrag von CHF 8'000.-, um die Gebühren für Baubewilligungen für Projekte von energetischen Sanierungen zu subventionieren.

Hinsichtlich der Erzeugung von Solarenergie auf gemeindeeigenen Liegenschaften klärt die Gemeinde laufend ab, ob und wann Photovoltaik-Anlagen sinnvoll sind. So hält auch der Strategiebericht der Immobilienstrategie in Ziff. 4.2. Nachhaltigkeit und Standards fest.

Auch die Energiekommission Region Sense fordert die Sensler Gemeinden im Zusammenhang mit der Rezertifizierung des Energiestadt-Labels auf, ihre Liegenschaften wo immer sinnvoll mit Solarinstallationen zu versehen.

Dem Gemeinderat ist die Wichtigkeit der Erzeugung von erneuerbaren Energien bewusst. Gleiches gilt für die UEK, welche sich aktuell bereits damit befasst. Die Gemeinde Dürdingen soll in ihrer Vorbildfunktion in Sachen erneuerbare Energien vorangehen und eine sinnvolle Nutzung des vorhandenen Potentials fördern und zeitnah umsetzen.

Der Gemeinderat empfiehlt die Motion zur Überweisung.

Beilagen:

- Motion "Erneuerbare Energie für Dürdingen"

7.3 Weitere parlamentarische Vorstösse

Bis zur Einreichungsfrist vom 6. Oktober 2022 wurden keine weiteren Motionen oder Postulate eingereicht.